

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Datum
29.06.2012
Ausschussbetreuender Fachbereich
**Angelegenheiten der Gemeindeverfassung /
Ratsbüro**
Schriftführung
Christian Ruhe
Telefon-Nr.
02202-142237

Niederschrift

Haupt- und Finanzausschuss
Sitzung am Donnerstag, 26.04.2012

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:02 Uhr - 17:54 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

A Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 22.03.2012 - öffentlicher Teil**
0208/2012
- 4 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5 Pflege der städtepartnerschaftlichen Beziehungen**
0164/2012

- 6** **Abschluss von öffentlich-rechtlichen Verträgen mit der ISG Hauptstraße e.V.**
0204/2012
- 7** **Beschluss einer Satzung über die Festlegung eines Gebietes für eine Immobilien-
und Standortgemeinschaft und über die Erhebung von Abgaben nach dem Gesetz
über Immobilien- und Standortgemeinschaften (ISGG NRW)**
0205/2012
- 8** **Benennung der Erschließungsstraße im Bereich des Bebauungsplans Nr. 5434 -
Landschaftsverband**
0178/2012
- 9** **Benennung der Erschließungsstraße im Bereich des Bebauungsplans Nr. 6197 - Am
Eichenkamp**
0179/2012
- 10** **Entsendung eines Mitglieds mit beratender Stimme in den Ausschuss für
Anregungen und Beschwerden**
0176/2012
- 11** **Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung; hier: Dienstreise der
stellvertretenden Bürgermeisterin Indrid Koshofer und des Ratsmitgliedes Rolf-
Dieter Schacht in die Partnerschaft Marijampole**
0185/2012
- 12** **Dienstreisegenehmigung zur Teilnahme an der 75. Sitzung der Arbeitsgemeinschaft
des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen für den Regierungsbezirk
Köln am 29.05.2012 in Bad Münstereifel**
0198/2012
- 13** **Anträge der Fraktionen**
- 14** **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses, Herr Bürgermeister Urbach, eröffnet um 17:02 Uhr die 17. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses in der achten Wahlperiode. Er stellt fest, dass der Haupt- und Finanzausschuss ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Für die Sitzung haben sich Herr Nagelschmidt (CDU), Herr Kleine (SPD), Herr Lang (DIE LINKE./BfBB) und Herr Kamp (Freie Wähler) entschuldigt. Sie werden vertreten durch Herrn Kraus (CDU), Herrn Dr. Miede (SPD), Herrn Santillán (DIE LINKE./BfBB) und Herrn Mörs (Freie Wähler). Herr Zalfen (SPD) ist ab 17:05 Uhr, Herr Gerhards ab 17:07 Uhr anwesend.

Auf Seiten der Verwaltung ist Herr Wilhelm (Leitung FB 1) entschuldigt. Er wird von der stellvertretenden Fachbereichsleiterin Frau Klauen vertreten.

Herr Urbach benennt daraufhin die für die Sitzung relevanten Unterlagen:

- die Einladung vom 13.04.2012 mit den dazugehörigen Vorlagen sowie
- redaktionell aktualisierte Unterlagen zu den Tagesordnungspunkten A 6 und A 7 und eine ergänzende Unterlage zu Tagesordnungspunkt A 12 als Tischvorlagen.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Die Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 22.03.2012 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 22.03.2012 - öffentlicher Teil

0208/2012

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen des Bürgermeisters für den öffentlichen Teil der Sitzung vor.

5. Pflege der städtepartnerschaftlichen Beziehungen

0164/2012

Herr Waldschmidt verliest und begründet den dieser Niederschrift als Anlage beiliegenden Antrag der SPD-Fraktion, abweichend von der geplanten Maßnahme Nr. 5 in der Vorlage nicht nur eine Delegation der polnischen Partnerstadt Pszczyna zum Kultur- und Stadtfest im Zeitraum 07.09.2012 bis 09.09.2012 einzuladen, sondern auch eine Delegation aus der französischen Partnerstadt Bourgoin-Jallieu.

Auch Herr Dr. Baemle-Courth hält es für geboten, die Partnerstadt Bourgoin-Jallieu stärker zu berücksichtigen. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN unterstütze daher den Antrag der SPD-Fraktion sowie die weiteren in der Vorlage dargestellten Aktivitäten.

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst daraufhin einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der SPD-Fraktion wird angenommen. Abweichend von der geplanten Maßnahme Nr. 5 in der Vorlage wird nicht nur eine Delegation der polnischen Partnerstadt Pszczyna zum Kultur- und Stadtfest im Zeitraum 07.09.2012 bis 09.09.2012 eingeladen, sondern auch eine Delegation aus der französischen Partnerstadt Bourgoin-Jallieu.

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst daraufhin einstimmig folgenden ergänzten **Beschluss**:

Der Überblick über die städtepartnerschaftlichen Aktivitäten im Jahr 2011 wird zur Kenntnis genommen. Die für das Jahr 2012 geplanten Maßnahmen werden unter Berücksichtigung der auf Antrag der SPD-Fraktion beschlossenen Ergänzung gebilligt.

6. Abschluss von öffentlich-rechtlichen Verträgen mit der ISG Hauptstraße e.V.
0204/2012

Herr Waldschmidt erläutert, die Immobilien- und Standortgemeinschaft Hauptstraße e.V. (ISG) habe ihre mehrfache Zusage, sich mit einem Betrag in Höhe von 200.000,- EUR an der Finanzierung der Neugestaltung der Fußgängerzone im Rahmen der Regionale 2010 zu beteiligen, nicht eingehalten, denn nunmehr sei nur noch von einer Beteiligung in Höhe von 109.000,- EUR die Rede. Zumindest die SPD-Fraktion fühle sich daher von der ISG „reichlich verkoht“. Wenn die Stadt Bergisch Gladbach die Anlieger der Hauptstraße im Rahmen einer Beitragserhebung schon heute und nicht erst in einigen Jahren für die Neugestaltung hätte veranlassen können, so wäre die finanzielle Beteiligung der Anlieger wohl zehn mal höher als der Betrag der jetzt freiwilligen Beteiligung. Mit einem Abschluss des nun vorgelegten Vertrages mit der ISG übernehme die Stadt weit reichende Gewährleistungen bezüglich der „Hochwertigkeit der Fußgängerzone“, was vor dem Hintergrund der vielen schon jetzt bekannten Mängel und den ungeklärten Verantwortlichkeiten aus Sicht der SPD-Fraktion nicht vertretbar sei. In diesem Zusammenhang habe die Stadt Bergisch Gladbach auch ein Gutachten in Auftrag gegeben, das den Ratsmitgliedern bis heute nicht vorgelegt worden sei. Die SPD-Fraktion werde eine entsprechende Einsicht beantragen und dem Vertragsabschluss nicht zustimmen.

Herr Ziffus entgegnet, es bleibe dem Haupt- und Finanzausschuss wohl nichts anderes übrig, als dem Vertragsabschluss zuzustimmen. Es sei aber zutreffend zu kritisieren, dass die Eigentümer der anliegenden Grundstücke an den Kosten der Neugestaltung der Fußgängerzone nicht stärker beteiligt würden. Dies sei der Bürgerschaft wohl kaum zu vermitteln. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN habe bereits mehrfach kritisiert, dass die Begrenzung des Gebietes der ISG teilweise willkürlich sei. So verlaufe diese Grenze in der Straßenmitte der Paffrather Straße und der Laurentiusstraße, auf deren Nordseite sich Geschäfte befänden, die ebenfalls einbezogen und finanziell beteiligt werden sollten. Ob dies deshalb nicht erfolgt sei, weil auf dieser Straßenseite auch der Haus- und Grund Rhein-Berg e.V. – Vorsitzender Herr Krey – seinen Sitz habe, entziehe sich jedoch seiner Kenntnis. Es sei auch nicht nachvollziehbar, dass die östliche Hauptstraße jenseits der Buchmühlenstraße bis zur Odenthaler Straße nicht einbezogen werde. Er hoffe, dass dies künftig korrigiert und die bezeichneten Abschnitte in das Gebiet der ISG einbezogen würden.

Herr Mömkes erläutert, der Vertragsabschluss mit der ISG sei für die Stadt Bergisch Gladbach ein großer Fortschritt, denn die von der ISG erhobenen Beiträge würden der Stadt direkt zu Gute kommen. Von einer angekündigten Beteiligung dürfe nicht direkt auf die tatsächliche Beteiligung

geschlossen werden, die sowohl höher, als auch niedriger ausfallen könne. Die Verwaltung solle jedoch diesbezüglich mit der ISG Kontakt aufnehmen, ob eventuell eine weiter gehende Beteiligung auf anderem Wege erreicht werden könnte. Das Gebiet der ISG sei nicht willkürlich begrenzt worden, sondern in Absprache zwischen ISG und Verwaltung. Dabei sei auch zu berücksichtigen, dass die Anlieger der von Herrn Ziffus bezeichneten Abschnitte eventuell kein Interesse an einer Beteiligung an der ISG hätten.

Herr Schmickler weist darauf hin, dass sich die ISG nicht nur an der Finanzierung der Neugestaltung der Fußgängerzone, sondern auch an weiteren Prozessen der Realisierung des Regionale-Projektes finanziell beteilige. Es bestünden zudem sehr komplexe Querverbindungen in die Fördersystematik. Dies sei von Frau Müller-Veit sehr detailliert dargestellt worden. Wenn die Stadt Bergisch Gladbach sich zur Herstellung einer hochwertigen Fußgängerzone verpflichte, so sei das bisherige Ergebnis nach Beseitigung der Mängel seines Erachtens so gut, dass es diese Bezeichnung auch verdiene. Dies habe auch die Ortsbegehung durch den Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr ergeben und werde durch die entsprechende Resonanz der Bevölkerung bestätigt. Das von Herrn Waldschmidt dargestellte desaströse Bild könne er jedenfalls nicht erkennen. Auf die Ausführungen von Herrn Ziffus entgegnet Herr Schmickler, es sei fraglich, ob die ISG auf einen Schlag mit allen Problemen der Innenstadt belastet werden sollte. Es handele sich um die in dieser Dimension landesweit erste ISG, die von den Möglichkeiten des Gesetzes über Immobilien- und Standortgemeinschaften Nordrhein-Westfalen Gebrauch mache. Es sei vor diesem Hintergrund ein beachtenswerter Erfolg aller Beteiligten, dass das gesetzliche Widerspruchsquorum bei Weitem nicht erreicht worden sei. Diese ISG könne Impulsgeber für ihre eigene Ausweitung oder auch für eine Einrichtung einer ähnlicher Organisationen in anderen Bereichen sein. Er sei den Beteiligten außerordentlich dankbar für ihren Mut und ihr Engagement.

Herr Santillán entgegnet, die Fraktion DIE LINKE./BfBB habe von Anfang an darauf hingewiesen, dass die Regionale 2010 teurer werde, als von der Verwaltung dargestellt und letztendlich nicht finanzierbar sein würde. Vorliegend verzichte die Stadt Bergisch Gladbach im Rahmen einer Klientelpolitik auf Kosten der Steuerzahler auf eine künftige Möglichkeit zur Beitragserhebung. Die an der Fußgängerzone anliegenden Grundstücke würden durch die Neugestaltung beträchtlich aufgewertet.

Herr Ziffus erläutert unter Bezugnahme auf einen Artikel in der Fachzeitschrift „Geografische Rundschau“, dass eine linienhafte Fußgängerzone automatisch zu einem Anstieg des Mietniveaus und damit zu einem Anstieg des Ertragswertes führe. Es sei deshalb nachvollziehbar, dass die an der ISG beteiligten Immobilieneigentümer kein Interesse an einer Ausweitung haben. Diese läge aber im Interesse der Stadt Bergisch Gladbach, um die Vielfalt und die Funktionsfähigkeit der Innenstadt inklusive Randlagen mit Nebenangeboten zu erhalten.

Herr Urbach weist darauf hin, es handele sich um die bezüglich ihrer Fläche und der Anzahl der Beteiligten sicherlich größte gesetzliche ISG in Nordrhein-Westfalen, deren Einrichtung mit erheblichem Aufwand verbunden gewesen sei. Es sei aber durchaus vorstellbar, das Satzungsgebiet zu einem späteren Zeitpunkt zu erweitern.

Herr Dr. Fischer entgegnet auf die Ausführungen von Herrn Ziffus, die Grundstücke an der Paffrather Straße, die vom Satzungsgebiet umfasst seien, lägen rückseitig auch zur Grünen Ladenstraße. Dies treffe für die Grundstücke auf der Nordseite der Paffrather Straße jedoch nicht zu. Die Begrenzung des Satzungsgebietes sei aus Sicht der FDP-Fraktion deshalb sinnvoll und auch vollständig. Die Verwaltung möge die ISG um Erklärung bitten, warum diese von ihrer ursprünglichen Zusage zur Höhe der Beteiligung an den Kosten der Neugestaltung der Fußgängerzone abgewichen sei.

Herr Urbach antwortet, die Verwaltung werde dies zur Sitzung des Rates darstellen.

Herr Dr. Miede bittet Herrn Schmickler diesbezüglich um nähere Darstellung.

Aus Sicht von Herrn Santillán hat die Stadt Bergisch Gladbach die Gründung der ISG „erkauft“, indem die beteiligten Immobilieneigentümer an Stelle einer künftigen, deutlich höheren Veranlagung jetzt nur über einen niedrigen freiwilligen Beitrag an den Kosten der Neugestaltung der Fußgängerzone beteiligt würden.

Herr Urbach bittet Herrn Santillán um einen zurückhaltenden Umgang mit der Formulierung „erkauft“.

Herr Schmickler ergänzt, die Frage der Beitragsfähigkeit der laufenden Maßnahme sei ausführlich geprüft worden. Es sei auch dem Ausschuss mehrfach dargestellt worden, dass eine Möglichkeit zur Abrechnung erst in zehn bis fünfzehn Jahren – jedoch nicht zum derzeitigen Zeitpunkt – bestanden hätte. Die Argumentation von Herrn Santillán entbehre daher jeglicher Grundlage.

Herr Santillán entgegnet, die Fraktion DIE LINKE./BfBB habe immer eine deutlich günstigere Sanierung gefordert und das Projekt Regionale 2010 nie befürwortet.

Herr Schütz begrüßt die Gründung der ISG. Einige Vertragsinhalte seien aber kritisch zu beurteilen. Es hätte ein für die Stadt Bergisch Gladbach finanziell besseres Ergebnis erzielt werden können.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt daraufhin mehrheitlich gegen die Stimmen von SPD und DIE LINKE./BfBB bei Enthaltung der Freien Wähler, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, mit der Immobilien- und Standortgemeinschaft Hauptstraße e.V.

1. den der Vorlage als Anlage 1 beigefügten öffentlich-rechtlichen Vertrag über die Umsetzung der Maßnahmen im Bereich der Immobilien- und Standortgemeinschaft „ISG Hauptstraße e.V.“ gemäß § 3 Absatz 6 des Gesetzes über Immobilien- und Standortgemeinschaften (ISGG NRW) sowie
2. den der Vorlage als Anlage 2 beigefügten Vertrag zur Neugestaltung der Fußgängerzone abzuschließen.

7. **Beschluss einer Satzung über die Festlegung eines Gebietes für eine Immobilien- und Standortgemeinschaft und über die Erhebung von Abgaben nach dem Gesetz über Immobilien- und Standortgemeinschaften (ISGG NRW) 0205/2012**

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt mehrheitlich gegen die Stimme von DIE LINKE./BfBB bei Enthaltung der Freien Wähler, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Die Satzung über die Festlegung eines Gebietes für eine Immobilien- und Standortgemeinschaft und über die Erhebung von Abgaben nach dem Gesetz über Immobilien- und Standortgemeinschaften (ISGG NRW) wird in der vorgelegten Fassung einschließlich der Anlagen 1 bis 3 beschlossen.

8. **Benennung der Erschließungsstraße im Bereich des Bebauungsplans Nr. 5434 - Landschaftsverband**

0178/2012

Herr Mömkes beantragt für die CDU-Fraktion die Vertagung der Tagesordnungspunkte A 8 und A 9. Zudem bittet er die Verwaltung um Übersendung eines aktuellen Exemplars der beschlossenen „Vorschlagsliste für Straßennamen“. Die CDU-Fraktion schlägt vor, die Erschließungsstraße im Bereich des Bebauungsplans Nr. 5434 – Landschaftsverband – als „Franz-Josef-Heyberg-Straße“ und die Erschließungsstraße im Bereich des Bebauungsplans Nr. 6197 – Am Eichenkamp – als „Pastor-Herweg-Straße“ zu benennen.

Herr Dr. Baeumle-Courth äußert die Zustimmung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu dem Vertagungsantrag der CDU-Fraktion. Die Fraktionen sollten die Straßenbenennungen interfraktionell beraten. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN schlägt vor, die Erschließungsstraße im Bereich des Bebauungsplans Nr. 5434 – Landschaftsverband – als „Magda-Ryborsch-Straße“ zu benennen. Generell solle aber die beschlossene Vorschlagsliste eingehalten werden.

Herr Schmickler händigt den Ausschussmitgliedern je ein aktuelles Exemplar der beschlossenen „Vorschlagsliste für Straßennamen“ aus.

Herr Waldschmidt äußert auch die Zustimmung der SPD-Fraktion zu dem Vertagungsantrag und bittet um Einhaltung der beschlossenen Vorschlagsliste. Es sei vor diesem Hintergrund sehr verwunderlich, dass die Verwaltung mit der Vorlage Nr. 0179/2012 vorschlage, eine Straße „auf Zuruf von Herrn Burgmer“ nach einer Person zu benennen, deren Namen in der Vorschlagsliste nicht enthalten sei. Um das Ansehen von Personen nicht zu beschädigen, sollten derartige Vorschläge zunächst im Ältestenrat thematisiert werden.

Herr Schütz signalisiert auch die Zustimmung der Fraktion KIDitiative zu dem Vertagungsantrag und äußert seine Verwunderung über das Verfahren. Eine Vorberatung im Ältestenrat sei in derartigen Fällen bisher immer erfolgt und solle auch im vorliegenden Fall erfolgen. Generell solle die beschlossene Vorschlagsliste eingehalten werden und die Verwaltung dem Haupt- und Finanzausschuss nicht „auf Zuruf von Bürgern“ davon abweichende Vorschläge unterbreiten.

Auch Herr Dr. Mieke fordert eine Einhaltung der beschlossenen Vorschlagsliste, die mit viel Mühe erstellt und mit der auch eine Priorisierung vorgenommen worden sei. Zusätzliche Namensvorschläge müssten vor einer Aufnahme in die Liste zunächst vom Stadtarchiv geprüft werden.

Herr Urbach regt an, eine Erweiterung der Vorschlagsliste über den Ältestenrat zu initiieren.

Herr Santillán schließt sich dieser Anregung an. Er bewerte es auch als kritisch, dass in der heutigen Sitzung von der Liste abweichende Vorschläge öffentlich vorgetragen worden seien. Diese müssten zunächst diskutiert werden. Die Fraktion DIE LINKE./BfBB bevorzuge grundsätzlich eine Straßenbenennung nach örtlichen Gegebenheiten und nicht nach Namen von Persönlichkeiten.

Herr Mömkes ergänzt zu den Ausführungen von Herrn Dr. Mieke, dass die Vorschlagsliste mittlerweile auch Vorschläge enthalte, die ursprünglich nicht darin enthalten gewesen seien. Neu unterbreitete Vorschläge sollten von Zeit zu Zeit im Ältestenrat beraten und die Vorschlagsliste ggf. ergänzt werden.

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst daraufhin einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der CDU-Fraktion wird angenommen. Die Tagesordnungspunkte A 8 und A 9 (Vorlagen Nr. 0178/2012 und Nr. 0179/2012) werden vertagt.

9. **Benennung der Erschließungsstraße im Bereich des Bebauungsplans Nr. 6197 - Am Eichenkamp**
0179/2012

[Der Tagesordnungspunkt wurde vertagt (vgl. Protokollierung zu Tagesordnungspunkt A 8).]

10. **Entsendung eines Mitglieds mit beratender Stimme in den Ausschuss für Anregungen und Beschwerden**
0176/2012

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt einstimmig, dem Rat folgende **Beschlussempfehlung** zu geben:

Frau Barbara Gritschneider wird als beratendes Ausschussmitglied in den Ausschuss für Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NRW entsandt.

11. **Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung; hier: Dienstreise der stellvertretenden Bürgermeisterin Ingrid Koshofer und des Ratsmitgliedes Rolf-Dieter Schacht in die Partnerschaft Marijampole**
0185/2012

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Absatz 2 GO NRW über die Genehmigung der Dienstreisen der stellvertretenden Bürgermeisterin Ingrid Koshofer und des Ratsmitgliedes Rolf-Dieter Schacht in die Partnerschaft Marijampole in der Zeit vom 25.05.2012 bis 27.05.2012 wird genehmigt.

12. **Dienstreisegenehmigung zur Teilnahme an der 75. Sitzung der Arbeitsgemeinschaft des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen für den Regierungsbezirk Köln am 29.05.2012 in Bad Münstereifel**
0198/2012

Herr Urbach verweist auf die als Tischvorlage vorgelegte ergänzende Unterlage. Der Beschlussvorschlag solle um die darin benannten Personen ergänzt werden.

Herr Santillán bittet um Berücksichtigung, dass er selbst auch an der Veranstaltung teilzunehmen beabsichtige.

Herr Mörs bittet um Berücksichtigung der Herren Kamp und Brenneiser.

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst unter Berücksichtigung der vorgelegten und vorgetragenen Anmeldungen daraufhin einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die Dienstreisen der Mitglieder des Rates Frau Angelika Bilo, Herr Robert Martin Kraus, Herr Karl-Adolf Maas, Herr Erich Dresbach, Frau Helene Hammelrath, Frau Waltraud Schneider, Herr Klaus Wolfgang Waldschmidt, Frau Berit Winkels, Frau Renate Beisenherz-Galas, Herr Tomás Marcello Santillán und Herr Wilfried Kamp sowie des sachkundigen Bürgers Herr Herbert Brenneiser zur 75. Sitzung der Arbeitsgemeinschaft des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen für den Regierungsbezirk Köln am 29.05.2012 in Bad Münstereifel werden genehmigt.

13. Anträge der Fraktionen

Es liegen keine Anträge der Fraktionen für den öffentlichen Teil der Sitzung vor.

14. Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Zalfen: Anfrage zur Gründung von Stadtwerken

Herr Zalfen erläutert, nach dem beschlossenen Zeitplan zur Gründung eigener Stadtwerke hätten in der heutigen Sitzung Berichte über bis Ende Februar 2012 bzw. Ende März 2012 durchzuführende Prüfungen erfolgen sollen. Er fragt, warum diese ausgeblieben seien.

Herr Urbach antwortet, eine rechtliche Überprüfung habe ergeben, dass bestimmte Dienstleistungen ausgeschrieben werden müssen. Er habe am gestrigen Tage in einer Sitzung der Arbeitsgruppe „Erfahrungsaustausch Rekommunalisierung“ des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen erfahren, dass nach aktueller Rechtsprechung die Gemeinden bei der Vergabe der Konzessionen vordergründig energiewirtschaftliche – und nicht wirtschaftliche – Belange gemäß § 1 Energiewirtschaftsgesetz in besonderer Weise zu berücksichtigen hätten. Die Verwaltung werde den Ratsmitgliedern einen aktualisierten Zeitplan zur Verfügung stellen. Die Verzögerung sei jedoch nicht kritisch.

Herr Zalfen: Anfrage zur Einsichtnahme in ein Gutachten

Herr Zalfen erläutert, die SPD-Fraktion wolle Einsicht nehmen in das Gutachten von Herrn Schneider zur Fußgängerzone und bittet die Verwaltung, der SPD-Fraktion eine Kopie des Gutachtens zur Verfügung zu stellen.

Herr Ziffus: Anfrage zu den Steuerhebesätzen der Nachbarkommunen

Herr Ziffus bittet die Verwaltung um Darstellung der aktuellen und der geplanten Steuerhebesätze sowie der grundlegenden Haushaltsstrukturdaten (Verschuldungsgrad, Defizitquote etc.) der Nachbarkommunen. Diese Information solle den Ratsmitgliedern vor der Entscheidung über den Haushalt 2012/2013 zur Verfügung gestellt werden.

Herr Mumdey antwortet, die Verwaltung werde eine entsprechende Darstellung erarbeiten und zur Verfügung stellen. Auch die wesentlichen Änderungen bezüglich der Daten der Stadt Bergisch Gladbach werde die Verwaltung vor der Beschlussfassung vorlegen.

Herr Ziffus fragt ergänzend, ob vor dem Hintergrund der jüngsten Steuerentwicklung nach wie vor von sehr niedrigen Gewerbesteuererinnahmen auszugehen sei.

Herr Urbach antwortet, auch dies werde die Verwaltung darstellen.

Herr Santillán: Anfrage zu Gutachten zum geplanten Gewerbegebiet Lustheide

Herr Santillán erläutert, die Fraktion DIE LINKE./BfBB habe darum gebeten, ihr die beiden Gutachten zu Lärmschutz und Emissionen bezüglich des geplanten Gewerbegebietes Lustheide in digitaler Form zur Verfügung zu stellen und dazu bisher keine Antwort erhalten.

Herr Schmickler bittet zu entschuldigen, dass diese Frage noch nicht beantwortet wurde. Die Unterlagen seien auf der Homepage der Stadt Bergisch Gladbach in digitaler Form verfügbar. Er weist ergänzend darauf hin, dass die Verwaltung jedoch nach vernünftigen Gründen frei entscheiden könne, in welcher Form sie Unterlagen zur Verfügung stelle.

Herr Hoffstadt: Anfrage zur Verteilung von Bundesmitteln zum Ausbau der U-3-Betreuung

Herr Hoffstadt fragt, mit welchen Mitteln die Stadt Bergisch Gladbach rechnen könne, nachdem sich das Land Nordrhein-Westfalen mit den kommunalen Spitzenverbänden über die Verteilung der Bundesmittel zum Ausbau der U-3-Betreuung geeinigt habe.

Herr Urbach antwortet, dass sich das Verfahren auf Grund der Auflösung des Landtages verzögere.

Herr Hoffstadt ergänzt, es liege bisher nur ein Kabinettsbeschluss vor.

Herr Mumdey antwortet, die Verwaltung stelle derzeit die positiven und die negativen finanziellen Entwicklungen im Fachbereich 5 zusammen. So sei mit einem sechsstelligen Minus wegen einer geänderten Förderbestimmung im Bereich des Landschaftsverbandes Rheinland, auf der anderen Seite aber auch mit einem sechsstelligen Plus auf Grund des Konnexitätsprinzips zu rechnen. Das Ergebnis werde wahrscheinlich in ein bis zwei Wochen vorliegen.

Herr Urbach ergänzt, dies falle ebenfalls unter die Thematik Fortschreibung Haushalt/Haushaltssicherungskonzept.

Herr Hoffstadt: Anfrage zum Verfahren der Beantwortung von Anfragen

Herr Hoffstadt erläutert, er habe in der Sitzung des Vergabeausschusses Anfang April eine Frage gestellt, die bis heute nicht beantwortet worden sei. Er fragt, wie die Verwaltung sicherstelle, dass die Anfragen der Ausschussmitglieder beantwortet würden. Er erwarte, bei Verzögerungen zumindest eine Zwischennachricht zu erhalten.

Herr Urbach antwortet, die jeweilige Ausschuss betreuende Stelle in der Verwaltung sei für die Koordinierung und Kontrolle der Beantwortung von Anfragen zuständig.

Herr Kraus: Anfrage zur Durchführung der Landtagswahl

Herr Kraus fragt, ob die Durchführung der Landtagswahl gesichert sei und ob Wahlhelfer zwangsweise verpflichtet werden müssten.

Herr Mumdey antwortet, ihm liege seitens des Fachbereiches 3 keine Meldung darüber vor, dass Zwangsverpflichtungen vorgenommen werden müssten. Er gehe daher davon aus, dass dies nicht der Fall gewesen sei.

Herr Dr. Fischer: Anfrage zur Lenkungsgruppe Stadtwerke

Herr Dr. Fischer fragt, ob die Lenkungsgruppe Stadtwerke noch vor den Sommerferien ein weiteres Mal tagen werde.

Herr Urbach antwortet, davon gehe er fest aus.

Herr Urbach schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 17:49 Uhr.